

« zurück

Ärzte: Gesellschaft mit manchmal beschränkter Haftung

29.09.2010 | 08:50 | Christine Kary (DiePresse.com)

Gruppenpraxen in der Rechtsform GmbH bieten grundsätzlich beschränkte Haftungen der einzelnen Ärzte. Für einige Kunstfehler haften sie aber trotzdem mit dem Privatvermögen.



Bild vergrößern

- Drucken
- Senden
- + Merken
- Vorlesen
- AAA Textgröße
- Komentieren

AUS DEM ARCHIV:

Exekution: Beugehaft über den Geschäftsführer (31.07.2011)

(29.03.2011)

Abgaben: Expertenrat ist kein Freibrief (13.03.2011)

Hohe Haftungsrisiken für neu bestellte Geschäftsführer (10.01.2011)

Ärztliche Gruppenpraxen gibt es in Österreich schon länger – bisher allerdings nur in der Rechtsform einer offenen Gesellschaft. Seit Kurzem können Mediziner sich auch zu einer GmbH zusammenschließen. Der Hauptvorteil aus der Sicht der Ärzte ist wohl die Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen. Denn in einer offenen Gesellschaft haftet man persönlich nicht nur für gemeinsame Schulden, sondern „etwa auch für Behandlungsfehler der anderen Ärzte“, so Rechtsanwalt Dieter Spranz, Partner bei Wolf Theiss. Für eigene Kunstfehler müssen allerdings auch GmbH-Gesellschafter mit ihrem Privatvermögen geradestehen. „Außerdem gibt es einen Haftungsdurchgriff, wenn die Berufshaftpflichtversicherung nicht in entsprechender Höhe abgeschlossen wurde“, so Jörg Zehetner, Gesellschaftsrechtsexperte bei kwr. Die Mindestdeckungssumme für eine Ärzte-GmbH beträgt zehn Millionen Euro.



Partnersuche mit Erfolg

Finden auch Sie mit PARSHIP.at den Partner, der zu Ihnen passt. Einfach, sicher und mit einer Erfolgsquote von 38 Prozent. Jetzt kostenlos

testen. [Weitere Informationen](#) »

WERBUNG

Inwieweit man steuerlich mit einer GmbH besser fährt, ist umstritten. „Solange die Begünstigungen des Gewinnfreibetrages für Einzelunternehmer und Personengesellschaften gelten, empfiehlt sich der Wechsel in die Ärzte-GmbH nur sehr bedingt, zum Beispiel, wenn hohe Investitionen geplant sind oder größere Rückzahlungen für Betriebskredite anstehen“, meint Gottfried Sulz, Partner bei TPA Horwath. Wirklich interessant sei die GmbH bei voller Gewinnthesaurierung – wenn also nichts ausgeschüttet wird. Denn dann beträgt die Steuerbelastung nur 25 Prozent. Ein weiterer Vorteil ist die Absetzbarkeit des Geschäftsführerentgelts.

Beteiligung: Strikte Regeln

Stichwort Geschäftsführer: Dieser muss nicht unbedingt ein Arzt sein – es kann auch ein kaufmännischer Geschäftsführer bestellt werden. Der darf sich dann aber in medizinische Belange nicht einmischen. „Hinsichtlich der ärztlichen Berufsausübung darf es überhaupt keine Weisungsrechte geben“, so Spranz. Auch ein Arzt als Geschäftsführer dürfe seinen Kollegen hier nicht dreinreden.

Gesellschafter einer Ärzte-GmbH dürfen nur Ärzte sein, die dort auch „maßgeblich“ ihren Beruf ausüben müssen. Weder Familienmitglieder noch bloße Kapitalgeber dürfen beteiligt werden, selbst Gewinnbeteiligungen sind verboten. Und ebenso die Anstellung von Ärzten – mit der Folge, dass sie auch kein laufendes Gehalt bekommen, sondern, genau genommen, auf die Gewinnausschüttung warten müssen. „Ein Ausweg könnten freie Dienstverträge sein“, meint Zehetner.

Zur Abgrenzung gegenüber Privatambulatorien – die einem anderen gesetzlichen Regime und einer anderen Kammerzuständigkeit unterliegen als Gruppenpraxen – ist auch die Anzahl der Mitarbeiter beschränkt: maximal 30, wobei auf einen Arzt maximal fünf Mitarbeiter aus sonstigen Gesundheitsberufen kommen dürfen. Reine Ordinationsgehilfen werden da nicht eingerechnet, und es gibt Ausnahmen für Praxen mit sehr hohem Technisierungsgrad.

In einem anderen Punkt näherte man sich bewusst an die Ambulatorien an: bei der Bedarfsprüfung im Zuge des Bewilligungsverfahrens. Die gibt es jetzt auch für Gruppenpraxen, egal, in welcher Gesellschaftsform. Ein diesbezügliches EuGH-Urteil – wonach es eine unzulässige Differenzierung sei, hier einen Unterschied zu machen – war sogar der Anlass dafür, die Reform jetzt durchzuziehen.

„Haben alle beteiligten Ärzte schon einen Kassenvertrag, vereinfacht sich das Zulassungsverfahren“, so Spranz. Dasselbe gilt, wenn nur Leistungen angeboten werden, die die Krankenkasse nicht zahlt – etwa Schönheitschirurgie. Ansonsten ist vorerst wohl Geduld gefragt: Noch gibt es nicht einmal einen Gesamtvertrag mit den Krankenversicherungsträgern.